Im Gespräch mit: Aline Trede und Martin Candinas

Was geschieht bei einem Nein zum Frontex-Beitrag der Schweiz? Aline Trede von den Grünen und Mitte-Politiker Martin Candinas kommen zu unterschiedlichen Schlüssen. Einig sind sie sich hingegen: Menschenrechte gehören geschützt.

Weiterhin mitmachen oder ein Zeichen setzen?

Reto Zanettin

Die Polparteien haben ihre liebe Mühe mit den Schengen-Dossiers. 2019 haben sich die Sozialdemokraten für eine Übernahme der europäischen Waffenrichtlinie ausgesprochen. Ein Nein könnte die Reisefreiheit für Schweizerinnen und Schweizer auf dem Kontinent beenden, hiess es damals. Heute spricht sich die politische Linke gegen einen höheren Beitrag der Schweiz an der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex und damit eine nächste Weiterentwicklung des Schengen-Rechts aus. Sie nimmt folglich in Kauf, was sie vor drei Jahren verhindern wollte: einen Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum.

Wohl hat die SVP an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. April die Ja-Parole gefasst. Doch in der jüngsten Ausgabe der Parteizeitung duellieren sich Nationalrätin Barbara Steinemann und ihr Ratskollege Andreas Glarner um die Schweizer Frontex-Beteiligung. Steinemann argumentiert: «Solange die Schweiz Schengen-Mitglied ist, sind wir auf den Aussengrenzschutz angewiesen.» Glarner entgegnet, bei einem Nein würden die Schengen-Staaten und die EU-Kommission der Schweiz bestimmt entgegenkommen. «Denn das Abkommen ist eindeutig im Interesse der EU.»

Dass die Schweiz bei Schengen/Dublin ausscheidet, bezweifelt auch Aline Trede von den Grünen. Die zusätzlichen knapp 40 Millionen Franken für Frontex seien Verhandlungsmasse. Mitte-Politiker Martin Candinas widerspricht ihr. Rechtlich sei die Ausgangslage klar. Das Verhalten der politischen Linken hält er für abstrus.

Frau Trede, was genau werfen Sie Frontex vor?
Aline Trede: Es gibt Missstände. Grundrechte werden nicht eingehalten. Zuerst glaubte man, Frontex schaue nur zu, wenn Grenzbeamte der Mitgliedsstaaten Menschenrechte verletzen. Inzwischen haben wir Beweise, dass die Grenzschutzagentur selbst beteiligt gewesen ist. Sie hat Rettungsboote ausfindig gemacht und ins offene Meer zurückgedrängt, anstatt den Flüchtlingen zu helfen. Frontex muss jetzt demokratisiert werden. Pushbacks müssen ein Ende haben.

Sie haben Beweise erwähnt. An welche denken Sie konkret?
Trede: Ich beziehe mich auf die Frontex-Leaks, wodurch Überwachungsbilder von illegalen Frontex-Einsätzen publik wurden. Dann hat die Wochenzeitung WOZ in einer Sonderausgabe darüber berichtet. Auch das Europaparlament hat eigene Untersuchungen veranlasst und der Grenzschutzagentur die Jahresrechnung nicht genehmigt. Das zeigt, selbst die EU will eine andere Frontex. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir uns für den Moment zurückhalten und nicht einfach mehr Geld geben. Mit einem Nein würden wir die Kräfte in der EU unterstützen, die die Frontex zum Guten verändern wollen.

Wie soll man mit Menschenrechtsverletzungen umgehen?
Martin Candinas: Menschenrechte gehen immer vor. Da sind wir uns einig. Die Schweiz verfolgt – das ist in der Vorlage enthalten – eine Nulltoleranzpolitik, was illegale Zurückweisung von Asylsuchenden betrifft. Die Frage ist doch aber eine ganz andere: Schauen wir zu oder machen wir mit? Wir sollten mitmachen. Denn mit dem Frontex-Ausbau werden auch 40 Grundrechtsbeobachter eingesetzt. Die Agentur wird dadurch sensibler für Pushbacks oder Gewalt an den europäischen Aussengrenzen. Zudem geht die Vorlage sehr viel weiter, als dass man hier ein Zeichen setzen sollte.

Was meinen Sie?
Candinas: Entscheidend ist, ob die Schweiz weiterhin bei den Abkommen von Schengen und Dublin dabei ist oder nicht. Deshalb sollten wir am 15. Mai Ja zur Frontex-Vorlage sagen und dann den Menschenrechten einen hohen Stellenwert beimessen. Die Schweiz ist prädestiniert dazu.

Warum ist sie das?
Candinas: Schweizer Menschenrechtsspezialisten beraten Frontex schon heute. Diese Aufgabe wird in Zukunft ausgebaut. Die Schweiz hat zudem eine Menschenrechtstradition und bringt sich beispielsweise bei den Vereinten Nationen ein. Mitreden und unterstützen ist somit wichtiger als zuschauen und lamentieren.

Aber genau das hat bisher offenbar nicht funktioniert. Die Schweiz stellt bereits zwei Vertreter im Frontex-Verwaltungsrat, die hätten Einfluss nehmen können. Dennoch ist es zu Menschenrechtsverletzungen gekommen.
Candinas: Das Argument kommt immer wieder von linker Seite. Deshalb ist auch die WOZ zitiert worden. Aber wir können den europäischen Ländern doch nicht vorwerfen, ihnen seien Menschenrechte egal. Sicher haben sie diese nicht immer eingehalten. Aber Frontex funktioniert nicht grundsätzlich schlecht, wie es oft gesagt wird. Gegen solche Darstellungen wehre ich mich massiv.

Trede: Es geht um Menschen – um Menschen, welche an der Grenze zu Europa gewaltsam abgewiesen wurden. Frontex hat «Ärzte ohne Grenzen» nicht mehr zugelassen, als die Organisation medizinische Hilfe leisten wollte. Es geht nicht darum, dass Frontex nicht so ganz richtig funktioniert – Fehler geschehen wie anderswo auch. Doch ich verurteile die Gewalt an Menschen, die schon alles verloren haben. Bestimmt könnte die Schweiz etwas bewirken. Bis heute tat sie das aber nicht. Wir haben stets vom Grenzschutz profitieren wollen, ohne uns zu involvieren. Und jetzt sollen wir unseren Beitrag aufstocken und machen dafür keine Auflagen. Das geht nicht auf.

Candinas: Die 40 Grundrechtsbeobachter sind genau dazu da. Sie sollen Missbrauch verhindern. Ausserdem bezweifle ich, ob sich alles so zugetragen hat, wie es berichtet wird.

Trede: Es ist genug schlimm, wenn nur schon die Hälfte zutreffen würde.

Candinas: Die politische Linke ist einfach nicht konsequent, wenn es um die Übernahme von neuem Schengen-Recht geht. 2019 hat sie die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie vehement unterstützt – mit der Begründung, dass die Schweiz andernfalls aus Schengen/Dublin fällt. Heute argumentieren die Linken genau umgekehrt. Dabei gilt heute das Gleiche wie damals. Es ist vollkommen illusorisch, dass die anderen Schengen-Staaten sich innert 90 Tagen auf eine weitere Zusammenarbeit mit der Schweiz einigen.

Sie kritisieren den Positionswechsel der Sozialdemokraten und Grünen, die vor drei Jahren der Waffenrichtlinie zugestimmt haben, nun aber gegen den Frontex-Ausbau sind. Bei beidem stehen die Abkommen von Schengen und Dublin auf dem Spiel.
Candinas: Das ist das Abstruse. Jene, die sonst immer pro-europäisch politisieren und eng mit Europa zusammenarbeiten wollen, wollen bei Frontex ein Zeichen setzen.

Was wären die Folgen, wenn wir bei Schengen und Dublin ausscheiden?
Trede: Wir fliegen nicht aus dem Schengen-Raum. Das ist ein sehr populäres Argument der Frontex-Befürworter. Bei der Waffenrichtlinie war es mir auch nicht nur wohl, ich habe dennoch Ja gesagt. Heute sage ich Nein zur Frontex-Aufstockung – in der Überzeugung, dass niemand ein Interesse hat, dass die Schweiz aus dem Schengen-Raum ausscheidet.

Aline Trede (Grüne) glaubt, die Schweiz werde auch bei einem Nein zum Frontex-Beitrag im Schengen-Raum verbleiben.

Frontex-Mitarbeiter kontrollieren die Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei. BILDER KEY

«Wir sind jetzt schon eine Insel für Kriminelle, für Geldwäscher und Steuerhinterzieher zum Beispiel.»

Aline Trede

Die Berner Nationalrätin ist Fraktionschefin der Grünen. Sie hat Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich studiert und 2017 eine eigene Firma gegründet. Die 38-Jährige ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Bern.

Was macht Sie da so sicher?
Trede: Im Unterschied zur Waffenrichtlinie geht es diesmal um Geld. Die EU will unser Geld, also die 61 Millionen im Jahr 2027. Ausserdem könnten wir rasch eine neue Vorlage ausarbeiten, die uns Schengen/Dublin erhalten würde. Es ist eine Verhandlung. Wir müssten dann über Resettlement-Kontingente und Botschaftsasyl reden.

Candinas: Eine Vorlage, gemäss der wir mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen, ist nicht mehrheitsfähig. Gerade heute, da wir – zu Recht – sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer aufnehmen. Nun auch noch weitere Menschen aufzunehmen, geht nicht. Diese Willkommenskultur können wir vergessen. Im Übrigen ist das zusätzliche Geld für Frontex für die EU eine Kleinigkeit.

Trede: Mehr Flüchtlinge bei uns aufzunehmen, wäre momentan nicht mehrheitsfähig, das stimmt wohl. Obwohl wir im Ukraine-Krieg etwas anderes beweisen. Aber ich meine, wir könnten eine neue Vorlage präsentieren, welche die EU akzeptieren würde. Entweder wir bezahlen etwas weniger Geld oder erst dann, wenn die EU Frontex Décharge für die Rechnung 2020 erteilt – sogar diese ist immer noch hängig.

Candinas: Wie viele Baustellen mit der EU wollen wir denn noch eröffnen?

Trede: Das ist keine neue Baustelle.

Candinas: Doch, weil Eurer Auffassung nach eine neue Vorlage die Mitgliedschaft bei Schengen/Dublin retten soll. Dabei ist die Sache juristisch klar. Wenn wir nicht neues Schengen-Recht übernehmen, endet die Zusammenarbeit. So steht es im Assoziierungsabkommen, das wir 2008 unterschrieben haben. Wir können nicht immer auf das Entgegenkommen der EU hoffen.

Weshalb nicht?
Candinas: Beim Forschungsprogramm «Horizon Europe» hat die EU uns zum Drittstaat erklärt. Wir dürfen nicht meinen, dass sie bei Schengen einen Schritt auf uns zugeht – nach dem Motto: Kein Problem, wir kennen die Schweiz, sie braucht halt immer eine besondere Lösung.

Was befürchten Sie, wenn Schengen/Dublin dahinfallen?
Trede: Nochmals, das Schengen-Abkommen und folglich auch nicht das Dublin-Abkommen werden enden.

Candinas: Für den Tourismus wäre es fatal. Kein Gast aus Asien beantragt ein separates Visum für die Schweiz, wenn er Europa bereist.

Gehen wir davon aus, die Schweiz würde tatsächlich aus dem Schengen-Raum ausscheiden. Dann würden wohl systematische Grenzkontrollen eingeführt. Besonders für Grenzgänger würde das Leben beschwerlich. Jeder von ihnen müsste täglich im Schnitt eine Stunde im Stau stehen, sagt der Bundesrat.
Trede: Niemand möchte die Schengen-Zusammenarbeit beenden. Die viel grössere Baustelle betrifft die Frage, wie die Schweiz und die EU miteinander weiterkutschieren, nachdem das Rahmenabkommen gescheitert ist. Die Frontex-Vorlage ist dahingegen schlicht nur ein Thema – Menschenrechte –, das sogar innerhalb der EU als Problem anerkannt ist.

«Die Schweiz würde zu einer beliebten Insel für Kriminelle. Das kann niemand wollen.»

Martin Candinas

Der Bündner politisiert seit 2011 im Nationalrat und ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Er ist Sozialversicherungsfachmann und arbeitet bei den Helsana Versicherungen. Der 41-Jährige ist verheiratet und lebt in Chur.

Candinas: Bleiben wir realistisch. Es steht schwarz auf weiss, dass wir aus Schengen ausscheiden, wenn wir die Weiterentwicklung des Abkommens nicht übernehmen. Dass die EU selbst kritisch hinschaut, begrüsse ich sehr. Deshalb können wir darauf vertrauen, dass unser Geld sinnvoll eingesetzt wird. Wir sollten uns nicht als Polizist aufspielen. Es genügt, wenn das Europaparlament Frontex im Blick hat. Am Ende des Tages ist Frontex zentral für die Sicherheit in unserem Land. Sie unterbindet grenzüberschreitende Kriminalität und ermöglicht so Reisefreiheit innerhalb von Europa. Diese Errungenschaft dürfen wir nicht verspielen. Die Schweiz profitiert erheblich von Schengen und Dublin mit rund 360 000 Grenzgängern und als Tourismusland. Vergessen wir nicht die wirtschaftliche Bedeutung dieser Abkommen.

Trede: Es geht doch nicht darum, ob wir Polizist spielen. Wir haben noch nie knapp 40 Millionen Franken mehr für Menschenrechtsverletzungen gesprochen. Wir sollten das Geld zurückhalten.

Sie erachten die 40 Millionen nicht als sinnvollen Einsatz für mehr Sicherheit in Europa und der Schweiz, sondern als Beitrag zu Menschenrechtsverstössen?
Trede: Wir haben bisher schon Geld für Frontex ausgegeben. Jetzt geht es um zusätzliche rund 40 Millionen Franken. Diese Summe sollten wir einsetzen, um Veränderungen bei Frontex einzufordern. Es gibt zudem einige Dossiers, in denen wir weiterverhandeln sollten. Diese 40 Millionen sind unsere Verhandlungsmasse.

Candinas: Das unterstützen wir doch. Mit einem Ja stellen wir auch mehr Grenzwächter und können dafür sorgen, dass sich die Lage an den Aussengrenzen bessert. Wir helfen bei der Weiterentwicklung von Frontex. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Wenn wir sogar bestehende und funktionierende Verträge nicht weiterführen, wie sollen wir dann ein glaubwürdiger Verhandlungspartner sein, wenn es um neue bilaterale Verträge geht?

Frau Trede, sie würden die 40 Millionen als Pfand in anderen Dossiers einwerfen, dem Strommarktabkommen oder bei der Forschungskooperation in «Horizon Europe» zum Beispiel?
Trede: Bei «Horizon Europe» sitzen wir klar am kürzeren Hebel. Da werden uns auch die 40 Millionen nicht weiterhelfen. Bei Frontex ist es umgekehrt. Da will die EU etwas von uns – Geld und Personal. Das sollten wir ausnutzen. Und ja, wir sollten wieder in einen Verhandlungsmodus kommen mit der EU, dann würde es auch für «Horizon Europe» nützen.

Candinas: Wenn wir gleichzeitig unseren Kohäsionsbeitrag in Milliardenhöhe an die EU entrichten, sind 40 Millionen eine verschwindend kleine Summe. Hören wir doch auf, mit diesen 40 Millionen zu argumentieren. Es geht um unsere Sicherheit.

Die Schweiz liegt im Zentrum Europas. Verkehrsachsen verlaufen von Norden nach Süden und von Osten nach Westen durch unser Land. Dass diese Routen offen bleiben, liegt auch im Interesse Brüssels.
Candinas: So argumentiert vielleicht ein Teil der SVP. Aber sehen Sie sich die Partei an. Sie liefert vor der Frontex-Abstimmung ein Trauerspiel. Für mich überwiegt die Sicherheit. Sie ist entscheidend für unser Land – und für alle, die bei uns Asyl beantragen. Denn wir können sie nur unterstützen, wenn wir ein sicheres und stabiles Land sind. Für echte Flüchtlinge haben wir Platz.

Trede: Es geht um legale Fluchtwege nach Europa oder um das Botschaftsasyl. Wie wir gerade im Ukraine-Krieg sehen, geht es eben doch. Wir können eine grosse Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. Das Gleiche sollte für Menschen gelten, die aus Nordafrika über das Meer zu uns kommen. Die «Festung Europa» unterstütze ich ganz und gar nicht.

Wir sprechen gerade über die Zusammenarbeit im Asylbereich. Bei einem Nein zum Frontex-Beitrag riskieren wir sie ebenfalls, weil Schengen und Dublin rechtlich miteinander verknüpft sind.
Trede: Wenn Schengen fällt, fällt Dublin. Ja. Das will niemand, auch wir Grünen nicht. Die europäische Zusammenarbeit im Asylbereich ist aber ohnehin mangelhaft. Welches Land wie viele Menschen aufnimmt, ist ein Streitpunkt. Ausserdem braucht es mehr legale Fluchtwege und höhere Resettlement-Kontingente.

Candinas: Alles hat Grenzen. Wir können Menschen aufnehmen, aber nicht einfach alle, die bei uns anklopfen. Da müssen wir einfach einmal Klartext sprechen.

Ohne das Schengen-Abkommen wären unsere Behörden gewissermassen blind, weil sie nicht mehr mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) arbeiten könnten. Wie sollen sie dann noch nach Kriminellen fahnden?
Candinas: Die Schweiz würde zu einer beliebten Insel für Kriminelle. Das kann niemand wollen. Nur sind sich nicht alle, namentlich nicht die Linken, der Konsequenzen eines Neins zum Frontex-Ausbau bewusst.

Trede: Wir sind jetzt schon eine Insel für Kriminelle, für Geldwäscher und Steuerhinterzieher zum Beispiel. Natürlich ist internationale Zusammenarbeit in Strafsachen wichtig. Das SIS krankt aber beim Datenschutz. Die Diskussion, ob Sicherheit oder Freiheit mehr wiegt, führen wir auch hier.

Sie stellen dem Informationsaustausch kein gutes Zeugnis aus.
Trede: Die ganze Überwachung müsste man – global gesehen – unter dem Menschenrechtsgedanken hinterfragen.

Candinas: Das sehe ich dezidiert anders. Diese Überwachungssysteme sind zentral, damit wir in Sicherheit leben können.

Trede: Es geht darum, dass die Systeme qualitativ gut aufgestellt sind.

Candinas: Man kann es immer besser machen.

Was verstehen Sie unter «qualitativ gut aufgestellt», Frau Trede?
Trede: Die Datensammelwut versperrt den Blick auf die echten Probleme. Der Nachrichtendienst dürfte nur Informationen von Personen beschaffen, die einer Straftat verdächtigt werden.

Candinas: Jetzt aber geht es um Schengen/Dublin. Wenn unsere Polizei nicht mehr auf das SIS zugreifen kann, müssten wir alle Informationen selber beschaffen. Dass das gelingt, ist sehr unrealistisch. Es würde uns Milliarden von Franken kosten.

Trede: Da sind wir uns einig. Alleine würden wir das nicht schaffen. Die Frage bleibt, wie wir mit Europa zusammenarbeiten wollen. Wir sollten unsere demokratischen Werte hoch halten.

Martin Candinas (Die Mitte) argumentiert, der Tourismus werde leiden, wenn die Schweiz nicht mehr bei den Abkommen Schengen/Dublin dabei ist.